STADT KAMEN
12. SEP. 2022
Anl.

DIE LINKE. GAL

Fraktion im Rat der Stadt

Kamen

Fraktion DIE LINKE./GAL im Rat der Stadt Kamen
Rathausplatz 1 – 59174 Kamen

An die Bürgermeisterin der Stadt Kamen
Frau Elke Kappen
Rathausplatz 1
59174 Kamen

Fraktionsbüro:
Rathausplatz 1
59174 Kamen
Tel.: 02307/ 148-55 00
E-Mail: kdgrosch@gmx.de

Geschäftszeit:
Do 11.00-13.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Kamen, 12.09.2022

Antrag zur Tagesordnung „kommunale Maßnahmen gegen Energiearmut" für die Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 22. September 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Fraktion DIE LINKE / GAL beantragt

1. Die Verwaltung der Stadt Kamen ergreift die Initiative zur Einberufung eines „Runden Tisches zur Vermeidung von Energiearmut". Vermieden werden sollen insbesondere Strom-, Gas und Wassersperren aufgrund von Zahlungsverzügen. Teilnehmer*innen an diesem „Runden Tisch" sollten vor allem sein:
   - die GSW als größter lokaler Energieversorger,
   - das Jobcenter und das Sozialamt als Sozialleistungsträger,
   - Beratungsstellen, die sich mit dem Thema „Energiesperren" beschäftigen (vor allem Verbraucherberatung und Schuldnerberatung),
   - für Kamen bedeutende Wohnungsbaugesellschaften
   - sowie Vertreter*innen der Fraktionen des Stadtrates.

   Alternativ könnte die Verwaltung auch Initiativen zur Einrichtung eines „Runden Tisches zur Vermeidung von Energiearmut" von anderer Seite positiv unterstützen.

2. Um Energiesperren zu vermeiden, prüft die Verwaltung – gemeinsam mit den GSW oder im Rahmen der Gespräche des Runden Tisches – die Einrichtung eine Härtefallfonds. Dazu entwickelt die Verwaltung Kriterien für Härtefälle und definiert den antragsberechtigten Personenkreis (Menschen im Transferbezug und andere Geringverdienende).

3. Die Verwaltung überprüft mögliche Förderprogramme (Land, Bund, EU) für Zuschüsse zum Erwerb energieeffizienter Haushaltsgeräte für einkommensarme Kamener Bürger*innen.

Begründung:

Bedingt durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, den damit verbundenen Einschränkungen der Gaslieferungen und den über Jahre vernachlässigten Ausbau der regenerativen Energien kommt es in diesem Jahr zu einer massiven Verteuerung der Gas- und Stromkosten.

Verbände der Wirtschaft gehen davon aus, dass ca. ein Viertel der Menschen in Deutschland Probleme haben werden, ihre Energiekosten zu bewältigen.

Zwar hat die Bundesregierung mehrere Entlastungspakete gegen drohende Energiearmut auf den Weg gebracht, doch die Wirkungen dieser Entlastungen bleibt abzuwarten. So ist z.B. mit der im Entlastungspaket 3 vorgesehenen Erhöhung der Regelsätze um 50 Euro – im Zusammenhang mit der Einführung des „Bürgergeldes" – frühestens Anfang nächsten Jahres zu rechnen. Auch die Umsetzung der im Rahmen der EU geplanten „Strompreisbremse" und die Höhe der daraus folgenden Entlastungen sind völlig offen.

Kommen Privatpersonen oder Gewerbetreibende nicht der Zahlung ihrer Strom-, Wasser- und Gasrechnungen nach, erfolgt nach entsprechenden Mahnungen eine Energie- und Wassersperre durch den Energie- und Wasserversorger.

Für private Haushalte führt das zu einer starken Einschränkung der Lebensbedingungen und kann in bestimmten Fällen zu einer Unbewohnbarkeit der Wohnung führen. Insbesondere für Familien mit kleinen Kindern, psychisch oder physisch kranken, älteren oder pflegebedürftigen Haushaltsmitgliedern ist eine solche Situation schwer zu bewältigen.

Außerdem kann es bei Zahlungsverzügen von Wohnungsmieten (incl. Nebenkosten) zu Kündigung der Wohnverhältnisse kommen.

Schon jetzt registriert zum Beispiel die Verbraucherberatungsstelle eine enorme Steigerung der Anfragen zum Thema „Stromsperren".

Im Rahmen des Rundes Tisches könnten klare Absprachen zu Abläufen bei drohenden Energiesperren getroffen werden, um die Ausführung dieser Sperren zu vermeiden.

Durch einen Härtefallfond konnten beispielsweise in Hannover und Bremen viele Energiesperren vermieden werden.

Neben der Bundesregierung ist es unseres Erachtens auch Aufgabe einer Kommune, im Rahmen der Daseinsvorsorge für betroffene Einwohner*innen tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Dieter Grosch
(Fraktionsvorsitzender)